

Zeitschrift: Curaviva : Fachzeitschrift
Herausgeber: Curaviva - Verband Heime und Institutionen Schweiz
Band: 90 (2019)
Heft: 10: Neue Legislatur : Erwartungen an die nächsten vier Jahre

Artikel: Was muss die Politik im Bereich Kinder und Erwachsene mit Behinderung anpacken? : "Unternehmer haben auch eine soziale Verpflichtung"
Autor: Tremp, Urs / Bally, Maya
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-886062>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Was muss die Politik im Bereich Kinder und Erwachsene mit Behinderung anpacken?

«Unternehmer haben auch eine soziale Verpflichtung»

Sozialpolitik ist in erster Linie Aufgabe der Kantone und Kommunen. Der Bund freilich könne sehr wohl Leitplanken festlegen, die schliesslich den betroffenen Kindern und Erwachsenen mit Einschränkungen zugute kommen – sagt die Aargauer Politikerin Maya Bally*.

Interview: Urs Trempp

Frau Bally, Sie waren bislang in der kantonalen Politik aktiv. Nun wollen Sie in die nationale wechseln. Ist aber der Ständerat die richtige Bühne für jemand, der sich vorwiegend mit Bildungs- und Sozialpolitik beschäftigt?

Maya Bally: Es stimmt zwar, dass die Bildungspolitik zuerst eine kantonale, die Sozialpolitik in grossen Teilen sogar eine kommunale Aufgabe ist. Den Rahmen allerdings gibt die nationale Politik vor. Man kann im nationalen Parlament sehr wohl etwas bewirken, was schliesslich dort ankommt, wo es die Menschen ganz direkt betrifft. Die nationale Politik fordert etwa Teilhabe, Inklusion auch für Menschen mit Unterstützungsbedarf, für Menschen mit Beeinträchtigungen. Umgesetzt wird es aber subsidiär und von Menschen, die nahe dran sind an den Bedürfnissen und Wünschen der Menschen mit Unterstützungsbedarf.

***Maya Bally**, 58, ist Aargauer BDP-Grossrätin (Kantonsparlament) und kandidiert für den Ständerat. Ihre politischen Schwerpunkte sind die Bildungs- und Sozialpolitik. Die Projektmanagerin ist Präsidentin von Avusa, dem Aargauischen Verband von Unternehmen mit Sozialem Auftrag.

Es gibt gerade in der Gesundheits- und in der Sozialpolitik immer wieder schöne nationale Strategiepapiere, die formulieren, in welche Richtung es gehen soll. Oft hat man freilich das Gefühl, das seien zwar sicher gut gemeinte Absichten. Aber bis die Absichten umgesetzt sind, dauert es lange, oft sehr lange.

Das ist unser föderalistisches System. Ich frage mich zuweilen schon auch, ob es nicht Dinge gibt, die man klarer und verbindlicher definieren müsste. Ich glaube ebenso, dass es gerade in der Behinderten- und in der Kinder- und Jugendpolitik Möglichkeiten für klarere Vorgaben geben könnte, die im Interesse der Betroffenen wären. Das würde aber sofort unser föderalistisches System tangieren, weil man den Handlungsspielraum der Kantone und der Gemeinden einschränken würde. Und das ist derzeit politisch einfach nicht opportun. Ich möchte allerdings doch auch positiv erwähnen, dass man immer mehr mit interkantonalen Konkordaten arbeitet. Wenn ein solches Konkordat von zehn Kantonen unterzeichnet wird, dann ist das – in der Sprache des Gärtners gesagt – nicht mehr Wildwuchs, sondern ein kultiviertes und übersichtliches Miteinander. Das dünkt mich in unserem System ein guter und gangbarer Weg.

«Gerade in der Sozialpolitik stellen sich die Fragen im Kanton Uri anders als etwa in Basel-Stadt.»

Bis solche Konkordate allerdings zustande kommen oder eine Einigung der entsprechenden kantonalen Direktionsvorsteher – das ist zuweilen eine arg harzige und mühsame Arbeit. Ja, das ist es. Aber es hat den Vorteil, dass die einzelnen Kantone ihre spezielle Situation einbringen können. Denn gerade in der Sozialpolitik stellen sich die Fragen im Kanton Uri anders als etwa im Kanton Basel-Stadt. Dass man bei uns darauf Rück-



Sozialpolitikerin Maya Bally: «Immerhin hat man bei den Heimen, Sonderschulen und anderen Institutionen die Tarifierung inzwischen interkantonal mehrheitlich geregelt.»

sicht nimmt, ist ein Vorteil für das Zusammenleben in unserem Land. So verhindert man, dass ein Zentralstaat an den spezifischen Bedürfnissen in verschiedenen Regionen vorbei Dinge verfügt und durchsetzt. Man fällt niemandem in den Rücken, sondern formuliert Richtlinien, die sehr breit abgestützt sind. Im Übrigen soll der Ständerat ja auch gewährleisten, dass die Grossen nicht einfach die Kleinen an die Wand drücken.

Sie haben gesagt, dass Sie sich durchaus vorstellen können, dass der Bund einzelne Handlungsvorgaben durchaus verbindlicher formulieren und durchsetzen könnte. Woran denken Sie?

Es ist in der Sozialpolitik ganz ähnlich wie in der Gesundheitspolitik mit den Spitälern. Die Kantone wollen halt ihre eigenen Institutionen haben. Immerhin hat man bei den Heimen, Sonderschulen und anderen Institutionen die Tarifierung inzwischen interkantonal mehrheitlich geregelt. Und dann gibt es Institutionen, die es wirklich nicht in jedem Kanton braucht. Einrichtungen für gehörlose Kinder und Jugendliche gibt es zum Beispiel drei in der Deutschschweiz. Mehr braucht es nicht. Das ist sinnvoll und vernünftig. Sozialpädagogische Einrichtungen, Kinder- und Jugendheime, Heime für Menschen

mit Behinderungen, die braucht es in jedem Kanton. Da können einzelne Kantone für die Institutionen in den Grenzregionen bilaterale Abkommen abschliessen. Und das wird auch so gemacht. Zu überlegen wäre aber, eine schweizweit verbindliche Definition der Qualitätskriterien an die Einrichtungen zu formulieren.

Inklusion und Integration sind zentrale Forderungen einer zeitgemässen Behindertenpolitik. Ein frommer Wunsch oder ein erreichbares Ziel?

Es kann funktionieren, dass Kinder auch mit schwereren Beeinträchtigungen in einer Regelschule gut aufgehoben sind. Das geht vor allem an Schulen, die stark und stabil und nicht mit hundert anderen Herausforderungen und Problemen belastet sind – und mit genügend Ressourcen. Denn sonst kommt jede Schule an ihre Grenzen. Darum glaube ich nicht an Inklusion um jeden Preis, auch wenn das sicher ein hehres Ziel ist. Aber wir müssen so ehrlich sein, dass wir eingestehen können, dass Inklusion nicht jedem Kind gerecht wird. Ich kenne solche Beispiele. Ich denke an ein Kind, wo die Inklusion während zwei Jahren trotz allen Bemühungen überhaupt nicht funktioniert hat, es war nicht möglich, dem Kind gerecht zu werden. Nach

>>

ein paar Jahren in einer Sonderschule glückte aber dann die Integration wieder in der Regelschule.

Wenn das so funktioniert, tragen diese Kinder auch nicht mehr das Stigma des Sonderschülers bis hinein ins Erwachsenenleben.

Genau. Denn im Gegensatz zu früher, als Kinder so fürs Leben gestempelt wurden, wird heute immer wieder abgeklärt, was je nach Entwicklung neu möglich ist. Im besten Fall findet jemand zurück in eine ganz normale Schul- und Ausbildungskarriere. Es ist ja auch so, dass in der Sonderschule der Kontakt zur Regelschule im Normalfall nicht abgebrochen wird. Das dünkt mich sehr wichtig.

Was ist denn heute besser geworden für Kinder mit einer kognitiven, mit einer körperlichen Einschränkung – oder mit einer Kombination aus beidem – im Vergleich zu vor 25, 30 Jahren?

Heute schaut man ganz sicher viel mehr auf die Bedürfnisse und Möglichkeiten des einzelnen Kindes. Früher hat man diese Kinder und Jugendlichen einfach schubladiert, sie einer Störung zugeordnet und dann einer entsprechenden Institution zugewiesen. Heute schaut man zuerst das Potenzial eines Kindes an. Man versucht es zuerst einmal ganz normal in einer

Regelschule zu unterrichten. Geht das nicht, muss man einen anderen Weg suchen.

Ausserhalb der Regelschule?

Ja. Denn wie gesagt: An Inklusion um jeden Preis glaube ich nicht. So gesehen ist es wichtig, dass wir weiterhin Einrichtungen haben für besondere Bedürfnisse. Aber noch einmal: Im Vordergrund muss das Kind stehen, die familiären Strukturen, in der das Kind lebt – davon ausgehend muss man situationsgerecht die geeignete Lösung suchen.

«Inklusion ist schlicht und einfach nicht immer möglich oder wird dem Kind nicht gerecht.»

Wir reden von Inklusion und Teilhabe, und wir reden vor allem von den Profis, die sich mit diesen Kindern und Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen beschäftigen. Ist das Verständnis für Inklusion und Teilhabe aber auch in der breiten Bevölkerung stärker entwickelt als früher?

Ich glaube schon und stelle dies auch fest: Da hat bei vielen Menschen ein Prozess stattgefunden. Aber es gibt noch immer viele Ängste.

Wovor denn?

Dass das eigene «normale» Kind wegen eines Kindes, das mehr Aufmerksamkeit, mehr Betreuung und Unterstützung braucht,

Anzeige





Heilpädagogische Schule in Döttingen AG:
 «Unterstützung, so weit sie notwendig und gewünscht ist.»

zu kurz kommen könnte, dass Inklusion zum Nachteil der anderen, nicht beeinträchtigten Kindern geht. Das haben Untersuchungen zwar längst widerlegt, aber trotzdem... Darum ist es gut, wenn Kinder möglichst früh mit Kindern Kontakt haben, die behindert sind. Sie sehen und erfahren dann, dass die Behinderung einfach ein Teil der Persönlichkeit ist und dass man damit ganz gut umgehen kann. Kinder erfahren ja als ganz selbstverständlich, dass alle Kinder unterschiedliche Talente, Vorlieben, Fähigkeiten haben, unterschiedlich aussehen und jeder und jede einen anderen Charakter hat. So sind auch Behinderungen für die Kinder kaum ein Problem, wenn sie noch nicht von erwachsenen Vorurteilen beeinflusst sind. Das Problem haben nicht die Kinder, das Problem haben meist die Eltern.

Das spricht aber doch wieder für eine konsequente Inklusion. Sonst verschwinden diese Kinder aus den Gesichtsfeld der anderen Kinder – und eines Tages haben diese dieselben Vorurteile gegenüber den Menschen mit Einschränkungen wie die Eltern.

Ich sage es noch einmal: Ich bin für Inklusion und Integration, aber sie ist schlicht und einfach nicht immer möglich oder wird dem Kind nicht gerecht. Es gibt Kinder und Jugendliche, die derart eingeschränkt sind, dass sie besondere Schulen und Einrichtungen brauchen. Was ich aber unterstütze: dass diese Schulen und Institutionen nicht ausserhalb der Mehrheitsgesellschaft eingerichtet werden, sondern in dieser Mehrheitsgesellschaft bleiben und Teil dieser Mehrheitsgesellschaft sind. Das heisst, dass sie und die Menschen dort zu einem Quartier, zu einem Dorf gehören, integriert sind.

Wir haben über die Eltern der «normalen» Kinder geredet. Es gibt auch Ängste von Eltern, deren Kind mit Einschränkungen lebt. Man stellt fest, dass diese Eltern oft grosse Mühe haben, ihre Kinder ins Erwachsenenleben und damit in ein Leben mit grösstmöglicher Selbstverantwortung und Freiheit zu entlassen. Wie kann man deren Ängste zerstreuen?

Ich möchte diese Ängste gar nicht allein auf Eltern von beeinträchtigten Kindern beschränken. Es gibt viele Eltern, die haben Angst, ihre Kinder loszulassen. Allerdings – und das ist der grosse Unterschied –, sogenannte «normale» Kinder können sich

diese Freiheit dann meist erkämpfen. Das ist für Kinder mit einer Einschränkung ungleich schwieriger. Die Angst der Eltern überträgt sich oft auf diese Kinder. Da muss man diese jungen Menschen unterstützen – auch gegen ihr engstes Umfeld.

Was sagen Sie diesen Eltern ganz konkret?

Man muss den Eltern erklären, dass auch ihr Kind wie jedes andere Anrecht hat auf Selbstverantwortung und Entscheidungsfreiheit. Es soll auch bei einer kognitiven Einschränkung wählen dürfen, wie es leben will. Ganz allein lässt man ja diese jungen Menschen nicht. Und sie dürfen – wie andere auch – die Erfahrung machen, dass die Wirklichkeit anders aussieht, als man sie sich vorgestellt hat. Dann schaut man halt, welche Möglichkeiten es sonst noch gibt. Eltern von Kindern mit einer Beeinträchtigung sehen oft nur die Beeinträchtigung und was diese verhindert. Sie sehen leider viel zu wenig, welche Potenziale ihre Kinder auch haben. Entsprechend sind sie überrascht, wenn sie feststellen, dass die Kinder mit der Selbstverantwortung ganz gut zurechtkommen.

In diesem Zusammenhang redet die Sozialpädagogik gerne von einer sozialraumorientierten Begleitung von Menschen mit einer Einschränkung. Welche Aufgabe kommt denn einer Nachbarschaft, einem Quartier, einem Dorf zu, damit diese Menschen in möglichst grosser Autonomie leben können?

Zuerst braucht es einfach das Bewusstsein, dass dies Menschen sind wie du und ich und genauso zu unserer Gesellschaft gehören, dass sie ganz normale Nachbarn sind und man ihnen begegnet wie anderen Nachbarn auch. Darum möchte ich noch einmal betonen, wie wichtig es ist, dass man schon als Kind erfährt, dass es die unterschiedlichsten Menschen gibt – mit und ohne Einschränkungen.

Wenn man dies als Kind lernt, fällt es einem als Erwachsenen leichter, mit dieser Vielfalt umzugehen. Toleranz und Verständnis sollten ja ohnehin zum sozialen Zusammenleben gehören.

Und wofür braucht es denn noch die Institutionen?

Es gibt Beeinträchtigungen, die so gravierend sind, dass sie Selbstständigkeit fast völlig ausschliessen oder nur zu einem kleinen Teil zulassen. Selbstverständlich muss auch eine Institution dafür sorgen, dass innerhalb der Möglichkeiten Autonomie und Entscheidungsfreiheit gewährt sind. Aber es ist verantwortungslos, diese Menschen sich selbst zu überlassen. Institutionen haben die Aufgabe, Unterstützung zur Verfügung zu stellen, so weit sie notwendig und gewünscht ist. Darum wird es auch in Zukunft die Institutionen brauchen.

Und was wäre für Sie als Politikerin der schönste Erfolg, den Sie sich vorstellen können?

Ich bin gegen staatlichen Zwang – und ich möchte nicht mehr Gesetze. Aber für mich wäre schön, wenn private Unternehmen von sich aus Menschen mit Beeinträchtigungen einstellen, sie als gleichwertige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihrem Unternehmen integrieren, mit allenfalls entsprechender Unterstützung – einfach aus dem Gefühl heraus, dass sie als Unternehmer auch eine gesellschaftliche und soziale Verpflichtung haben. ●

«Toleranz und Verständnis sollten ja ohnehin zum sozialen Zusammenleben gehören.»